

Jörg Hofmann

Bezirksleiter IG Metall Baden-Württemberg



Branchentag Maschinenbau

Böblingen

23. Juni 2010

**Stärkung und Ausbau der industriellen Substanz – Arbeitsplätze im
Maschinenbau sichern, Strukturen erhalten**

Anschließend Podiumsdiskussion

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Maschinen- und Anlagenbau ist eine Kernbranche der deutschen Industrie.

Mit 850.000 Beschäftigten ist der Maschinenbau die größte Industriebranche in Deutschland, gefolgt von der Automobilindustrie.

Mit einem Umsatz von 161 Mrd. Euro (2009) ist er die zweitgrößte Industriebranche nach der Autoindustrie mit 203 Mrd. Euro und vor der Elektrotechnik mit 145 Mrd. Euro.

Im Krisenjahr 2009 war der Umsatz um 23 Prozent eingebrochen. Viele Unternehmen standen am Rande der Existenz.

Für das laufende Jahr zeichnet sich eine leichte Erholung ab. Die wird aber nicht reichen, um die Kapazitätsauslastung auch nur annähernd an das Niveau vor der Krise zu bringen.

Wir haben es eher mit einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau zu tun.

Deshalb bleibt die Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen ganz oben auf der Agenda.

Alleine im Maschinenbau verloren in der Krise über 50.000 Beschäftigte und über 50.000 Leiharbeitnehmer ihren Arbeitsplatz.

Das sind 100.000 Arbeitsplätze zuviel, die verloren gingen.

Dennoch konnten IG Metall und Betriebsräte durch ihr Handeln noch größere Arbeitsplatzverluste verhindern.

Nach einem deutlichen Beschäftigungsaufbau in den Vorjahren, liegt der Beschäftigungsabbau im Maschinenbau bei minus 5,4 Prozent, während das Produktionsvolumen um 25,9 Prozent eingebrochen war.

Betriebliche und arbeitsmarktpolitische Instrumente waren wirksam und leistungsfähig.

Dass nicht noch mehr Arbeitsplätze vernichtet wurden, ist vor allem der Verkürzung der Arbeitszeit durch Kurzarbeit zu verdanken.

Zur Spitzenzeit im Mai 2009 waren fast 250.000 Beschäftigte in Kurzarbeit. Im Schnitt arbeiteten sie ein Drittel weniger.

Durch Leerung von Arbeitszeitkonten, Abbau von Überstunden sowie tarifliche und betriebliche Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung konnten ebenfalls Arbeitsplätze in der Krise gesichert werden.

Im Rahmen funktionsfähiger Mitbestimmungsstrukturen wurden passgenaue Lösungen für spezifische Problemlagen gefunden.

Mehr als 100.000 Arbeitsplätze wurden im Maschinenbau dadurch gesichert.

Angesichts der dramatischen Auftrags- und Produktionseinbrüche ist das ein großer Erfolg.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Statistik ist eine wunderbare Sache. Sind zunächst in manchen Teilbranchen die Auftragseingänge um 50% und mehr abgebrochen und

erholen sich nun um 50%, haben wir immer noch nur ein Niveau von 75% vor der Krise erreicht. Die Erfolgsmeldungen der letzten Monate müssen auf dem Hintergrund dieser Basiseffekte gewertet werden.

Zudem sind die einzelnen Unternehmen und Teilbranchen sehr unterschiedlich betroffen.

Wir haben es mit einer geteilten Entwicklung zu tun. Für einen Teil der Betriebe steht unmittelbare Existenzsicherung weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung. Für die anderen geht es um zukunftssichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen.

Bei den Unternehmen, die bereits wieder an die Grenze ihrer personellen Kapazitäten stoßen, wollen wir zukunftsgerichtete Personalkonzepte durchsetzen. Die müssen wir nicht neu erfinden, die haben wir gerade im Maschinenbau in Erfahrung der Krise 93/94 entwickelt.

Ich sage ausdrücklich: Ausweitung der Leiharbeit ist für uns kein Zukunftskonzept. Prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne sind für uns ein Rückschritt in die tarif- und sozialpolitische Steinzeit.

Dahin wollen wir nicht zurück.

Wir werden uns dafür einsetzen, Leiharbeit zu Gunsten von unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen zu verhindern.

Die Spaltung der Arbeitnehmer in Stammbeschäftigte und rechtlose Leiharbeiter werden wir nicht tolerieren.

Über unsere Kampagne „Gleiche Arbeit - Gleiches Geld“ werden wir den Druck auf die Politik und die Unternehmen erhöhen.

Aber die politische Auseinandersetzung alleine wird nicht reichen. Ebenso wichtig ist die betriebliche Ebene.

Wir brauchen mehr Vereinbarungen, die Leiharbeit ausschließen, oder zumindest begrenzen und den Grundsatz „Gleiche Arbeit – gleiche Arbeitsbedingungen und Entgelte“ realisieren.

Nur, wenn wir uns dem Thema Leiharbeit auch betrieblich stellen, werden wir wirklich etwas verändern.

Ich sage aber auch an die Arbeitgeberseite gewandt: Wir haben gemeinsam nach der Erfahrung der Krise 93/94 gerade im

Maschinenbau in vielen Betrieben einen Deal gemacht, der da heißt: Flexibilität gegen Sicherheit des Arbeitsplatzes aller. Dafür stehen die weitgehenden Kontenregelungen und andere interne betriebliche Flexibilisierungsmaßnahmen. Wer diesen Deal aufkündigt, und meint, man könne Belegschaften teilen in gesicherte Stammebelegschaften und marginalisierte Leiharbeiter, hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Wir werden eine zweite Tariflinie im Betrieb nicht akzeptieren – und dies meine ich so zugespitzt, auch in den Konsequenzen unseres betriebs- und tarifpolitischen Handelns.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Werkzeugmaschinenbau mit seinen 70.000 Beschäftigten ist, trotz Auftragszuwächsen im ersten Quartal, noch nicht über den Berg.

Bis der Auftragseingang zu Produktion und Umsatz wird, vergehen aufgrund der technischen Durchlaufzeiten, zwischen drei Monaten im Standardmaschinenbau und oft über zwei Jahren im Sondermaschinen-geschäft.

Selbst, wenn die Bestellungen im zweiten Halbjahr weiter steigen, wird es 2010 keinen Zuwachs in der Produktion geben. Die Werkzeugmaschinenhersteller erwarten im laufenden Jahr einen Rückgang von 12 Prozent.

Das bedeutet: Der Druck auf die Beschäftigung wird anhalten.

Wir werden die Verlängerung der Kurzarbeit bis Mitte 2012 brauchen und auch die betriebliche Umsetzung unserer Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung, um Arbeitsplätze in den Betrieben zu erhalten.

Entlassungen sind keine Alternative. Ich sage hier deutlich, Unternehmen, die jetzt entlassen, verspielen die Zukunft.

Qualifizierte Arbeitskräfte sind gerade im Werkzeugmaschinenbau mit seinem hohen technischen Know-how unverzichtbar.

Erfahrene Fachkräfte sind nicht zu ersetzen. Ihr Wissen ist die Basis für Entwicklung und Produktion.

Das haben die Werkzeugmaschinenhersteller schon nach der letzten großen Krise Mitte der neunziger Jahre schmerzhaft feststellen müssen.

Gnadenloser Unterbietungswettbewerb und „Billiger Strategien“ haben die Unternehmen nicht gerettet. Aber wer in großem Stil entlassen hatte und die Krise überlebte, dem fehlten nachher die Menschen um im Innovationswettbewerb zu bestehen.

Ein vernünftiger Unternehmer hat hieraus gelernt. Er wird Beschäftigung an den Standorten erhalten. Er wird die Auszubildenden übernehmen und die Zahl der Ausbildungsplätze konstant halten.

Keine Entlassungen in der Krise ist nicht nur eine soziale Frage. Es ist eine Frage von Nachhaltigkeit und unternehmerischer Vernunft.

Die Produkte des Maschinenbaus werden eine zentrale Rolle beim ökologischen Umbau unserer Gesellschaft spielen.

Klimaschutz und ökologische Aspekte werden in Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen als heute.

Dem Maschinenbau kommt bei dieser Neuausrichtung eine Schlüsselstellung zu.

Sei es bei den regenerativen Energien, in der Steigerung von Energie- und Ressourceneffizienz, im Umweltschutz oder beim Aufbau moderner Netzinfrastruktur, die Produkte des Maschinenbaus werden gebraucht.

Die langfristigen Aussichten für die Branche sind eindeutig positiv. Der Maschinenbau wird mit seiner Produktpalette und Innovationsstärke zur Bewältigung der wichtigen ökologischen Herausforderungen beitragen.

Es werden zusätzliche Absatzmärkte für die jetzt nicht hinreichend ausgelasteten Maschinenbau-Unternehmen entstehen. Hier gilt es auch Hilfen gerade für die mittelständische Strukturen zu schaffen, die es erlauben neue Märkte zu erschließen und Risiken abzudecken.

Umso wichtiger ist es, dass das Wissen in den Unternehmen erhalten bleibt und Beschäftigungssicherung gilt. Wir brauchen die Menschen, um die Zukunftsprodukte zu entwickeln.

Aber, das kostet Geld. Unternehmenskonzepte, die statt Personalabbau auf Beschäftigungssicherung setzen, müssen durch eine aktive Kreditvergabe der Banken gestützt werden.

Und dies ist aktuell mehr als schwierig.

Es fehlt heute schon das Geld, um die Aufträge vorzufinanzieren. Hinzu kommen deutlich gestiegene Gebühren.

Die IG Metall hat hierzu eine eindeutige Position: Die Banken müssen ihrer wirtschaftspolitischen Funktion gerecht werden.

Faire Konditionen sind das Gebot der Stunde. Dies betrifft nicht nur die Anforderungen an Zins- und Gebührenzahlungen, die teilweise die

Grenze des Schicklichen übersteigen, sondern auch an die Stellung von Sicherheiten.

Forderungen nach Arbeitsplatzabbau von Seiten der Banken gefährden die Zukunftsfähigkeit des Maschinenbaus. Dies muss mit allen Mitteln verhindert werden.

Vor allem muss die Politik handeln. Wer 100 Milliarden für die Rettung von Banken aufwendet, muss auch bereit sein, die notwendigen Millionen für den Erhalt industrieller Wertschöpfung aufzubringen.

Es darf nicht sein, dass wegen ideologischer, „ordnungspolitischer“ Verbohrtheit eines Bundeswirtschaftsministers und seiner Partei Industriebetriebe über die Wupper gehen. Dies gilt auch für Beteiligungen und das Angebot von Mezzanine-Kapital durch die öffentlichen Förderbanken. Die bis dato in Aussicht good-will-Aktionen der Geschäftsbanken reichen nicht aus. Wir brauchen staatlich verbürgte Fonds der zukunftsfähige Maschinenbaubetriebe auch durch Stärkung der Eigenkapitalbasis durch die Krisen steuert. Und dies bei realistischen Erwartungen an die Verzinsung.

Staatliche Bürgschaften und Hilfsangebote für in Not geratene Betriebe von Bund und Bundesländern sind unverzichtbar, wenn wir die Krise ohne substantielle Beschädigung unserer industriellen Wertschöpfungsbasis überwinden wollen.

Wer den Aufschwung sichern will, muss hier handeln. Dies ist auch gemeinsam formulierte Zielrichtung der gestrigen gemeinsamen Erklärung von VDMA und IG Metall.

Denn ich betone: Die Industrie und gerade der Maschinenbau ist die Basis des Wohlstandes in unserem Land. Wer diese Basis zerstört, zerstört unsere Zukunftsfähigkeit.

Danke schön.